
FDP Frankfurt am Main

KINDERSCHUTZAMBULANZ

04.02.2020

Hinsichtlich der Pressekonferenz zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Medizinische Kinderschutzambulanz am Universitätsklinikum Frankfurt erklärt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Yanki PÜRSÜN: „Es ist erfreulich, dass die Landesregierung nach unserer Anfrage zu diesem Thema vom Februar 2019 erkannt hat, dass die Kinderschutzambulanz mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss. Durch unsere Anfrage wurde deutlich, dass es eine erhebliche Zahl an Verdachtsfällen des Kindesmissbrauchs und der -misshandlung gibt, die durch Untersuchungen der Kinderschutzambulanz bestätigt wurden.“ Bislang waren diese Kosten nicht gedeckt. „Dabei geht Kinderschutz uns alle an“, mahnt Pürsün.

Der sozialpolitische Sprecher ergänzt: „Wir Freie Demokraten sind hochofret, dass der Medizinischen Kinderschutzambulanz in Frankfurt erhebliche finanzielle Mittel zu Verfügung gestellt werden.“ Denn die Arbeit der Kinderschutzambulanz sei sehr wertvoll, betont Pürsün. „Die Kinder treffen auf verständnisvolle Menschen, die genau hinschauen und durch ihre fachliche Expertise Fälle von Kindesmissbrauch und -misshandlung erkennen. Gerade für die Schutzwürdigsten unserer Gesellschaft bedarf es einer solchen Einrichtung.“

Hintergrund:

Kinderschutzambulanzen sind darauf spezialisiert zu erkennen, wenn Kinder missbraucht, misshandelt oder vernachlässigt werden. In Hessen gibt es nur zwei solche Zentren: die Medizinische Kinderschutzambulanz am Frankfurter Universitätsklinikum und die Ärztliche Kinderschutzambulanz an der Kinderklinik in Kassel. Der Mehraufwand für den Kinderschutz gehört zwar inzwischen zu den Regelleistungen der Krankenkassen, kostendeckend ist dies jedoch nicht. Das Universitätsklinikum Frankfurt blieb auf Kosten sitzen, die Kinderschutzambulanz war daher auf den inzwischen gewährten

Trägerzuschuss und Spenden angewiesen. Die Landesregierung hat nun angekündigt, für die Kinderschutzambulanz Geld im Landeshaushalt einzustellen. Die Freien Demokraten hatten im Februar 2019 eine Anfrage an die Landesregierung hinsichtlich der Finanzierung der Kinderschutzambulanz gestellt. Daraufhin gab es ein breites Medienecho, durch das die Situation der Kinderschutzambulanz bekannt wurde.